

Frischer Wind

Das Infoblatt der Freien Wählergemeinschaft Stockstadt e. V.

In unserer heutigen Ausgabe:

Haushalt 2004

**Belastungen und Einschränkungen
für den Bürger**

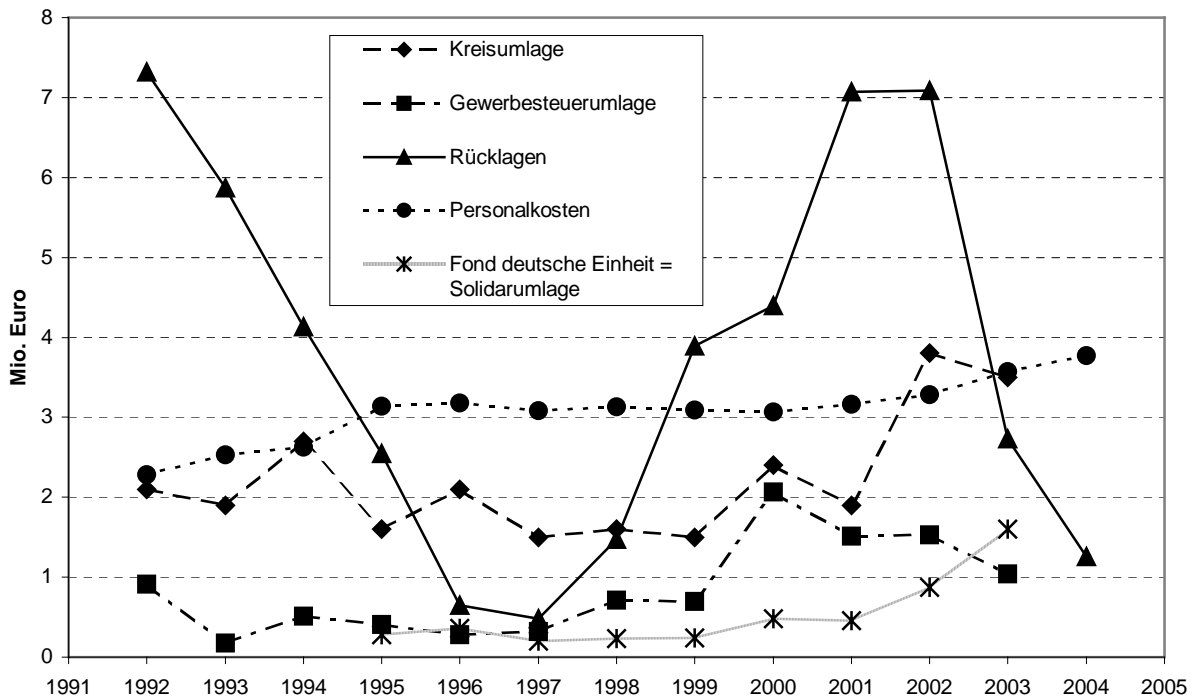
******* Besuchen Sie das Vatertagsfest der FWG am 20. Mai am SV-Sportplatz ***** Besuchen Sie das Vatertagsfest der FWG am 20. Mai am SV-Sportplatz ***** Besuchen Sie das Vatertagsfest der FWG am 20. Mai am SV-Sportplatz ***** Besuchen Sie das Vatertagsfest der FWG am 20. Mai am SV-Sportplatz *******

Das Haushaltsjahr 2004

Belastungen und Einschränkungen für den Bürger

Die Finanznot der Städte und Gemeinden ist in Deutschland ein flächendeckendes Problem. Wie sieht die Situation in Stockstadt aus? Die nachfolgenden Grafiken zeigen die Entwicklung der Stockstädter Finanzen in den letzten 10 Jahren.

Graphik 1 = Gemeindeausgaben



Kreisumlage

Die Kreisumlage wird vom Kreistag für die kreisangehörigen Gemeinden (im Landkreis Aschaffenburg sind das 32 Gemeinden) beschlossen, um die Einrichtungen zu betreiben, die für eine Gemeinde „zu groß“ sind, also z.B. Gymnasien, Krankenhäuser oder Kreisstraßen. Hinzu kommen Aufgaben, die der Gesetzgeber dem Kreis übertragen hat, ohne für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen. So muss Stockstadt die Defizite, die im Kreisgebiet entstehen, über die Kreisumlage anteilig mittragen. Bedeutende Defizite durch staatliche Unterfinanzierung entstehen auf Kreisebene bei:

• Sozial-/Jugendhilfe	10,9 Mio. Euro	62,37 Euro pro Kreisbürger
• Grundsicherung	1,2 Mio. Euro	6,85 Euro pro Kreisbürger
• Krankenhausfinanzierung	3,4 Mio. Euro	19,40 Euro pro Kreisbürger
• Kreisstraßen	1,7 Mio. Euro	9,70 Euro pro Kreisbürger
• Schülerbeförderung	2,6 Mio. Euro	<u>15,00 Euro pro Kreisbürger</u>
Summe		113,32 Euro pro Kreisbürger

Diesen Betrag muss jeder Stockstädter über seine Gemeindesteuern aufbringen, um die Unterfinanzierung des Kreises durch Bund und Land auszugleichen. Würden Bund und Land ihre Aufgaben selbst aus ihren Steueranteilen finanzieren, so wie es

im Grundgesetz steht, hätte Stockstadt ca. 850.000 Euro mehr pro Jahr in der Gemeindekasse.

Gewerbesteuerumlage

In Stockstadt sind derzeit 497 Gewerbe angemeldet, von denen aufgrund der schlechten Wirtschaftslage 359 Betriebe keine Gewerbesteuer zahlen. Auf die Gewerbesteuer erheben Bund und Land eine von Jahr zu Jahr prozentual steigende Umlage (Bund 42 %, Land 58 %) und leiten somit gemeindliches Steuergeld in ihre Kassen um.

Rücklage

Sie stellt das Sparbuch der Gemeinde dar. Aus ihr sollten alle Investitionen, z.B. eine Frankenhalle finanziert werden. Leider neigt die Politik dazu auch Geld auszugeben, das sie nicht hat, indem sie Kredite aufnimmt, die der Bürger dann teuer mit Zins und Zinseszins zurückzahlen muss.

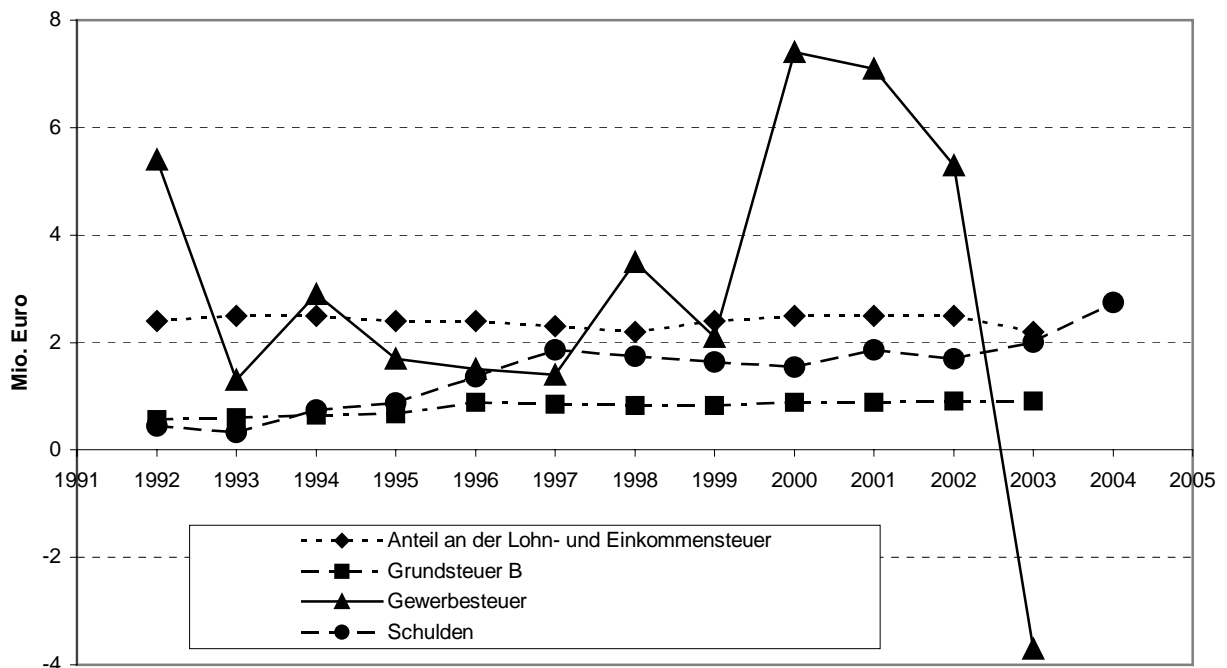
Fond deutsche Einheit

Mit dem Fond deutsche Einheit finanziert der Bund den „Aufbau“ Ost zum großen Teil aus den Gemeindekassen. Stockstadt hat von 1995 bis 2003 2,268 Mio. Euro in diesen Fond einzahlen müssen. (Die Abweichung in Graphik 1 von den 2,268 Mio. Euro Nettogeldfluss sind Folge verschiedener Verrechnungsmöglichkeiten.)

Einnahmen und Ausgaben

Die wesentlichen Einnahmen einer Gemeinde werden in der Steuerkraftzahl zusammengefasst: Sie enthält die Gewerbesteuer, die Einkommensteueranteile sowie die Grundsteuer A und B. Wesentliche Ausgaben einer Gemeinde sind die Personalkosten, die Kreisumlage sowie der Unterhalt der Infrastruktur.

Graphik 2 - Gemeindeeinnahmen = Steuerkraft



Einige Anmerkungen zur Infrastruktur

Zur Infrastruktur setzt sich im Wesentlichen aus folgenden Bereichen zusammen.

Wasserversorgung, Abwasser- und Elektrizitätswirtschaft

Diese sogenannten kostenrechnenden Einrichtungen finanzieren sich über Gebühren. Im Prinzip entstehen hier weder Verluste noch Gewinne. Haushaltstechnisch sind sie somit neutral. Allerdings entscheidet die Qualität der Betriebsführung darüber, wie hoch die Gebühren für den Bürger letztendlich ausfallen (z.B. ist der Wasserpreis abhängig von der Bezugsquelle)

Die Ortsstraßen

Sie finanzieren sich zum Teil über direkte Abgaben des Bürgers in Form von Erschließungsbeiträgen, zum Teil aus allgemeinen Steuermitteln der Gemeinde über den Vermögenshaushalt, der aus Überschüssen des Verwaltungshaushaltes gespeist wird.

Pflichteinrichtungen der Gemeinde

Die Pflichtaufgaben muss die Gemeinde auf jeden Fall betreiben. Allerdings bleibt es ihr (also dem Gemeinderat) überlassen, ob sie bei Friedhof und Kindergärten kostendeckende Gebühren erhebt. Bei den Schulen erschöpft sich das Sparpotential im Verzicht auf Investitionen – im Klartext – man lässt die Schulen vergammeln.

Tabelle 1: Pflichteinrichtungen (Zahlen aus 2003)

Einrichtung	Gebühreneinnahmen	Ausgaben (total)	Gebührenerhöhung
Friedhof	45.000,-- Euro	140.300,-- Euro	+ 13.000,-- Euro
Hauptschule	4.500,-- Euro (Turnhallegebühren)	223.700,-- Euro (ohne Lehrergehälter)	
Grundschule	3.000,-- Euro (Turnhallegebühren)	174.700,-- Euro (ohne Lehrergehälter)	
Kindergärten	122.700,-- Euro	999.700,-- Euro	
1. Regenbogen	87.000,-- Euro	610.400,-- Euro	+ 9.000,-- Euro
2. Sonnenschein	35.700,-- Euro	245.200,-- Euro	+4.300,-- Euro
3. Johannisheim	0,-- Euro	66.500,-- Euro	
4. Franziskusheim (3+4 = kirchlicher Träger)	0,-- Euro	77.600,-- Euro (3 + 4 = gemeindlicher Zuschuß)	

Freiwillige Leistungen

Diese Einrichtungen finanziert die Gemeinde aus Steuergeldern, Zuweisungen und Gebühren. Sollten sich die Gemeindefinanzen weiter verschlechtern, fordert der Gesetzgeber, dass die Gemeinden solche Einrichtungen entweder schließen oder kostendeckend über Gebühren betreiben, um weiter ihre Pflichtaufgaben erfüllen zu können. Eine Gebührendeckung ist allerdings kaum vorstellbar wie folgende Tabelle zeigt:

Tabelle 2: Freiwillige Einrichtungen (Zahlen aus 2003)

Einrichtung	Gebühreneinnahmen	Ausgaben (total)	Gebührenerhöhung 2004
Waldstadion	7.000,-- Euro	238.000,-- Euro	+ 500,-- Euro
Freibad	199.000,-- Euro	736.000,-- Euro	Verkürzte Öffnungszeiten
Dorfplatz	4.500,-- Euro	15.900,-- Euro	+ 1.500,-- Euro
Bücherei	1.500,-- Euro	62.300,-- Euro	+ 3.500,-- Euro
Musikschule	102.200,-- Euro	476.100,-- Euro	+ 11.800,-- Euro
Jugendzentrum	100,-- Euro	33.000,-- Euro	0,-- Euro
Frankenhalle	15.000,-- Euro	561.000,-- Euro	+ 3.000,-- Euro

Was muss sich ändern?

Wir haben versucht, Ihnen mit diesem Infoblatt die Finanzstruktur der Gemeinde grob aufzuzeigen. Bei der politischen Bewertung kommen wir zu folgendem Schluss:

1. Der Gesetzgeber darf der Gemeinde **keine Aufgaben** übertragen, wenn er sie **nicht ausreichend finanziert**.
2. Die **Gemeindesteuern**, die ein Bürger zahlt, müssen in vollem Umfang seiner Gemeinde und damit **dem Bürger** zu Gute kommen.
3. **Bund** und **Land** müssen **ihre Aufgaben** aus **ihren Steueranteilen** finanzieren, z.B. die Schulen muss das Land Bayern finanzieren, die Sozialhilfe muss der Bund finanzieren.
4. Der Markt **Stockstadt muss** seine **Personalkosten reduzieren**. Sie sind das einzige nennenswerte, nicht fremdbestimmte Einsparungspotential.
5. Die **Gebührenerhöhungen** sind für den Bürger schmerzlich und trotzdem **ohne nennenswerten Einfluß** auf die finanzielle Gesamtsituation der Gemeinde. Solange der Gesetzgeber keine bessere Politik macht, wird es mit den Gemeindefinanzen weiter bergab gehen. In der Bücherei eine Ausleihgebühr einzuführen und damit Kinder vom Lesen abzuhalten (PISA-Studie), ist ein Unding. Gleiches gilt für Musikschulgebühren oder angesichts der Kinderlosigkeit der Gesellschaft für Kindergartengebühren. Alle in Stockstadt erhobenen Gebühren der Tabelle 1 und 2 machen gerademal die Hälfte des Stockstädter Anteils an der Unterdeckung der Kreisfinanzen durch den Gesetzgeber aus.
6. Der Gemeinde muss **äußerste Sparsamkeit** im Detail üben, z. B. auf alle repräsentativen Ausgaben verzichten und das damit ersparte Geld zielgerichtet für die Kinder- und Jugendförderung einsetzen.